

## Handelsblatt

---

[Handelsblatt.com](https://www.handelsblatt.com) vom 13.09.2022

Meinung Gastbeiträge Expertenrat Marcus Schreiber  
Gastkommentar

### Die verführerische Selbstverständlichkeit des Wohlstands

**Der Wohlstand könnte auf das Niveau von 2014 zurückfallen. Statt die Folgen der Inflation abzufedern, sollte die Politik Anreize zu Verhaltens- und Konsumänderungen setzen.**

Auf dem Weg in den Sommerurlaub habe ich mir eine aktuelle Folge eines bekannten Podcasts angehört. Thema: "Soziale Unruhen in den kommenden Wochen und Monaten. Panikmache oder berechtigte Sorge?" Zu Gast war Sebastian Dullien, der das Institut für Makrowissenschaften und Konsumforschung (IMK) leitet. Diskutiert wurden die Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung zur Abfederung der Inflation. Ich war von der Episode auf mehreren Ebenen fasziniert.

Einerseits war ich von Dulliens professioneller Kompetenz beeindruckt. Nachdem ich wochenlang auf Stammtischniveau von Interessenvertretern gelesen hatte, dass die Maßnahmen nicht zielgerichtet seien und die Falschen profitieren würden, wurde ziemlich detailliert dargelegt, dass die Regierung die Menschen mit einem Mix aus Maßnahmen erstaunlich genau erreicht.

Einkommensschwache Familien erhalten prozentual die höchste Entlastung, während Familien aus der Mittelschicht zwar eine absolut höhere Entlastung, aber im Verhältnis zu ihrer Mehrbelastung einen geringeren Ausgleich erhalten.

Noch mehr aber faszinierte mich, dass zwei Ökonomen - Herr Dullien und ich - so völlig unterschiedlich auf die inflationsbedingten Herausforderungen schauen. Herrn Dullien ging es vor allem um das Abfedern der Folgen - also um Verteilungsfragen, insbesondere wie sehr jemanden Preissteigerungen treffen, wenn er oder sie so weiter macht wie bisher. Eine äußerst statische Art auf die Welt zu schauen.

Als Mikroökonom, Spieltheorie- und Verhandlungsexperte interessieren mich mehr die Anreize, die Preissteigerungen und von Politikern verteilte Entlastungen auf die Bevölkerung und ihr Verhalten haben. Aus diesem Grund halte ich es - völlig unabhängig von den Inhalten - für ein Desaster, wie wir das Thema an sich diskutieren. Das gesamte Framing der Situation und wie die Regierung Ankerpunkte setzt, die sie nur schwer loswerden wird, sind erschreckend.

Ich verstehe, dass es der Job von Politikern ist, sich als Anwälte der Menschen zu verkaufen. Aber wenn wir von unzumutbaren Belastungen reden, den Leuten das Gefühl geben, sie lebten in furchtbar harten Zeiten und gar von Aufständen schwadronieren, ist es kein Wunder, wenn - wie in Frankreich - mehr als 50 Prozent der Bevölkerung durchgeknallte, extreme Parteien auf den rechten und linken Flügeln wählen. Es wäre der Job von Experten und den Medien, den Politikern in die Parade zu fahren, statt die Debatte noch anzuheizen.

Selbst wenn Arbeitnehmer 2022 keine Gehaltserhöhungen oder Entlastungen bekämen, würde der Wohlstand in Deutschland bei 7,9 Prozent Inflation nur etwa auf das Niveau von 2014 zurückfallen (mit den 6,5 Prozent mehr Lohn, die die IG Metall gerade durchgesetzt hat, entsprechend weniger weit zurück). Ich erinnere mich nicht, dass wir damals kurz vor der Verelendung standen.

>> Lesen Sie auch: Inflation in Deutschland steigt auf 7,9 Prozent - und dürfte länger hoch bleiben als gedacht

Wenn die deutlichen Lohn- und Gehältersteigerungen der letzten 10 Jahre für die Leute nicht ganz so spürbar waren, so lag das an der Progression im Steuersystem, insbesondere der kalten Progression. Aber trotz allem: die 10 Prozent der einkommensschwächsten Haushalte in Deutschland gehören unter Hinzunahme der staatlichen Gesundheits- und Bildungsleistungen immer noch zu den 10 Prozent der materiell reichsten Menschen der Weltbevölkerung. Und wir reden sozialen Unruhen das Wort! Wirklich?

Durch Verhaltens- und Konsumänderungen der Inflation ausweichen

Diese Bundesregierung begann unter dem Motto "Mehr Fortschritt wagen". Das klingt nach Bewegung und nicht nach Status quo. Auch mich interessieren ausschließlich der Blick nach vorne und die Fragen, wie wir aus der Energiekrise herauskommen, und wie wir vermeiden können, dass sich die Inflation perpetuiert.

Das eine ist, dass wir uns aus der Inflation und ihren materiellen Folgen im Wortsinn herausarbeiten könnten, wie in meinem letzten Gastbeitrag hier im Handelsblatt erläutert. Das andere ist, dass wir ihr auch massiv durch Verhaltens- und Konsumänderungen ausweichen können. Menschen reagieren sehr schnell auf Preise, die damit eine wichtige Steuerungswirkung haben - insbesondere, wenn hohe Preise anzeigen, dass etwas knapp ist.

>> Lesen Sie hier: Inflation, Arbeitsmarkt, Steuern: Nur starke Anreize werden zu Veränderungen führen

Wir haben uns in Deutschland und Europa entschieden, dass wir den Klimawandel unter anderem mit einer Art Zertifikatehandel - bald auch für den Straßenverkehr -, also mit einer Bepreisung des Ausstoßes von CO2 bekämpfen. Steigende Preise für Benzin, Öl und Gas sind damit ausdrücklich erwünscht und Teil dieser Strategie. Diese Steigerungen kamen durch Russlands Einmarsch in der Ukraine früher und stärker als geplant. Darin liegt aber auch eine Chance.

FDP und Grüne enttäuschen

Der Preisschock kam von außen wie eine Naturkatastrophe. Das ist der eigenen Bevölkerung viel leichter zu verkaufen. Bis die regulatorischen und CO2-bedingten Preissteigerungen spürbar geübt hätten, hätte sich der Preisdruck ausgehend von der Ukraine-Krise wahrscheinlich wieder gelegt. Die Menschen hätten sich aber an das höhere Preisniveau und den Druck zu mehr Energieeffizienz gewöhnt.

Niemand in der Regierung sagt: "Leute, spart so schnell wie möglich 50 Prozent eures Energieverbrauchs ein." Stattdessen diskutieren wir das Abmildern der Effekte, was nichts anderes heißt, als den Anpassungsdruck, den die Regierung erklärtermaßen im Kontext der Klimakrise aufbauen will, zu reduzieren und zu unterminieren.

Die SPD war schon immer eine strukturkonservative Partei, deshalb habe ich nichts anderes erwartet. Eine Enttäuschung ist jedoch die FDP, die den Klimawandel mit marktwirtschaftlichen Instrumenten bekämpfen wollte und nun das Gegenteil tut. Und geradezu ein Ausfall sind die Grünen, die seit Langem eine schnelle Reduktion der fossilen Brennstoffe ins Zentrum ihrer Politik gerückt haben.

Anreize in den Arbeitsmarkt investieren statt in die Sozialsysteme

Neben dem Abmildern des Veränderungsdrucks hat die Politik der Bundesregierung aber noch eine zweite Auswirkung auf das Verhalten der Menschen, den sogenannten "Endowment Effekt". Dieser führt dazu, dass Menschen das, was sie haben, als Selbstverständlichkeit ansehen. Was die Menschen einmal bekommen haben - selbst, wenn es als zeitlich begrenzt angekündigt wurde -, wollen sie nicht mehr hergeben.

Schon nach drei Monaten ist eine Art Anspruch auf das 9-Euro-Ticket oder einen ähnlichen Nachfolger erwachsen, obwohl seine Lenkungswirkung weg vom Individualverkehr äußerst mau war. Nichts gegen Entlastung, im Gegenteil, aber ich würde in einer Krise wie der momentanen immer zuerst in Anreize in den Arbeitsmarkt investieren, bevor ich die Sozialsysteme in der momentan geplanten Form ausbaue.

Mehr: Steigende Preise sind die weltweit größte Sorge

*Schreiber, Marcus*

<b>Quelle:</b>	<a href="https://www.handelsblatt.com">Handelsblatt.com</a> vom 13.09.2022
<b>Rubrik:</b>	Meinung Gastbeiträge Expertenrat Marcus Schreiber
<b>Dokumentnummer:</b>	HB_28665370

**Dauerhafte Adresse des Dokuments:** [https://archiv.handelsblatt.com/document/HBON\\_\\_HB\\_28665370](https://archiv.handelsblatt.com/document/HBON__HB_28665370)

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH - Zum Erwerb weitergehender Rechte:  
[nutzungsrechte@handelsblattgroup.com](mailto:nutzungsrechte@handelsblattgroup.com)